

Antrag 311/II/2024

Joachim Rahmann, Svenja Diedrich, Hakan Demir, Marcel Hopp, Darjusch Ramez, Daniela Milutin
Der Landesparteitag möge beschließen:

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)**

Progressive Migrations- und Teilhabepolitik im Bundeswahlprogramm 2025

1 Die SPD Berlin bekennt sich zu einer vielfältigen und of-
2 fenen Gesellschaft und fordert in den Bereichen Viel-
3 falt/Teilhabe und Migration auf Basis ihrer langjährigen
4 Beschlusslagen folgende Positionierung der SPD im Bun-
5 deswahlprogramm ein:

6
7 **Sozialdemokratische Lösungen für eine vielfältige Gesell-
8 schaft**

9 Unser Land ist vielfältig, umso mehr in der jungen Gene-
10 ration: Ein Drittel der unter 25-Jährigen hat eine Migra-
11 tionsgeschichte. Diversität ist damit so normal wie nie
12 zuvor. Zu oft ist ein Migrationshintergrund jedoch noch
13 mit schlechteren Lebenschancen verknüpft – ob beim Bil-
14 dungserfolg oder der Wohnungssuche.

15 Wir treten dafür ein, dass alle staatlichen Institutionen, al-
16 le Förderprogramme darauf ausgerichtet sind, Rassismus
17 zu unterbinden und gleiche Teilhabe zu fördern. Konkret
18 stehen wir für die Schaffung eines Partizipationsgeset-
19 zes auch auf Bundesebene und die Weiterentwicklung des
20 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, für Mentoring
21 und Studien- und Ausbildungsförderung für von Diskri-
22 minierung betroffene Gruppen sowie den weiteren Aus-
23 bau community-basierter Beratungs- und Empowerment-
24 Strukturen.

25 Gleichberechtigte Teilhabe schafft auch das neue Staats-
26 angehörigkeitsgesetz. Menschen, die teils seit Jahrzeh-
27 ten Teil unserer Gesellschaft geworden sind, können end-
28 lich eingebürgert werden. Das ist gut für die gesamte
29 Gesellschaft, denn die Einbürgerung ermöglicht gleichbe-
30 rechtigte Teilhabe und stärkt unsere Demokratie. Wir wer-
31 den dieses Gesetz verteidigen und bundesweit für eine ef-
32 fiziente Umsetzung eintreten.

33 Zu einer vielfältigen Gesellschaft gehören auch Behör-
34 den, die der Einwanderungsgesellschaft gerecht werden.
35 Wir stehen für Respekt, Digitalisierung und ausreichen-
36 des Personal und damit für schnelle Verfahren bei Aufent-
37 haltstiteln und Einbürgerungen und für Planungssicher-
38 heit für die Betroffenen. Für das Vertrauen aller Menschen
39 in die öffentliche Verwaltung ist auch die interkulturelle
40 Kompetenz aller Beschäftigten unabdingbar.

41
42 **Einwanderungsland und sicherer Hafen**

43 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Schon
44 die sog. Gastarbeiterinnen sind maßgeblich an dem wirt-
45 schaftlichen Erfolg in der Bundesrepublik beteiligt gewe-
46 sen. Das bedeutet zum einen, dass ohne Einwanderung
47 der heutige Wohlstand nicht möglich gewesen wäre. Auch

48 für die Zukunft ist klar, dass Einwanderung dringend not-
49 wendig ist. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2.0
50 hat die SPD daher die Voraussetzungen geschaffen, dass
51 Menschen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend
52 gebraucht werden, unbürokratischer und schneller nach
53 Deutschland kommen können. Auch Migrationsabkom-
54 men mit einzelnen Staaten wollen wir zunehmend nut-
55 zen, um die Mobilität von außerhalb der EU zu fördern. Wir
56 schauen pragmatisch, welche Instrumente wirklich den
57 Weg nach Deutschland erleichtern und weiten funktio-
58 nierende Regelungen entsprechend aus. Zu einem prag-
59 matischen Umgang mit Migration gehört für uns auch,
60 dass alle Menschen ab dem ersten Tag arbeiten dürfen
61 und dass wir im Stile des Chancenaufenthaltsrechts neue
62 Wege finden, um Kettenduldungen zu beenden. Für ein
63 gutes Ankommen und Teilhabe ab dem ersten Tag setzen
64 wir uns weiterhin für flächendeckende Integrationskur-
65 se und Beratungsangebote in Kommunen und Betrieben
66 ein.

67 Deutschland muss auch ein sicherer Hafen für Menschen
68 auf der Flucht bleiben. Aufweichungen des individuel-
69 len Rechts auf Asyl oder des subsidiären Schutzes tre-
70 ten wir konsequent entgegen. Sogenannte Drittstaatslö-
71 sungen wie den britischen Ruanda-Deal lehnen wir ab –
72 Deutschland und die EU dürfen ihre Verantwortung für
73 die Aufnahme von Schutzbedürftigen nicht auf andere,
74 oft deutlich ärmere Staaten abwälzen. Und Menschen
75 müssen sichere Länder auch ganz praktisch erreichen kön-
76 nen: Einschränkungen der Seenotrettung und der anhal-
77 tenden Gewalt an den EU-Außengrenzen treten wir ent-
78 gegen. Bundesaufnahmeprogramme, Landesaufnahme-
79 programme und Resettlement unterstützen wir weiter-
80 hin, da nur solche Programme sicherstellen, dass auch vul-
81 nerable Gruppen wie Menschen mit Behinderung, älte-
82 re Menschen, Frauen oder Familien gleichermaßen eine
83 Chance auf Schutz haben. Wir setzen uns für eine staat-
84 liche Seenotrettung und gegen illegale Pushbacks ein, um
85 das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

86 Klar ist auch: Ein aufnahmefähiges Land braucht eine star-
87 ke Infrastruktur – ein weiterer Grund für mehr progres-
88 siv finanzierte öffentliche Investitionen in Wohnraum und
89 Bildung. Besonders aufnahmebereite Kommunen sollen
90 hier verstärkt unterstützt werden. Und klar ist für uns
91 auch: Asylpolitik funktioniert nur mit der gesamten EU.
92 Wir werden daher weiter einfordern, dass alle EU-Staaten
93 menschenwürdige Aufnahmebedingungen schaffen und
94 ihren fairen Anteil an der Aufnahme von Schutzsuchen-
95 den leisten.